

«Ein Ja zum Medienpaket ist auch ein Ja zu den Oberwalliser Medien»

Am 13. Februar entscheidet die Stimmbevölkerung über das Massnahmenpaket zugunsten der Medien. Aus Sicht des Oberwalliser Ja-Komitees profitieren bei einem Ja auch die Oberwalliser Medien.

Michel Venetz

Montagsmorgen im World Nature Forum (WNF) in Naters. Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), CVPO-Nationalrat Philipp Matthias Bregy, Claudia Alpiger, SPO-Co-Präsidentin und Verfassungsrätin, und Brigitte Wolf, Grossrätin und Co-Präsidentin der Grünen Wallis, stehen in coronakonformen Abständen auf der Bühne. Neben dem Politquartett links und rechts aufgestellt sind je ein Plakat, welches Wilhelm Tell zeigt. Doch statt die Armbrust hält dieser ein Smartphone in der Hand. Vor und neben ihm ausgebreitet sind ein Radio, ein Notebook und Printzeitungen. In fetten Lettern steht auf dem Plakat «Ja zum Medienpaket am 13. Februar 2022».

Den Oberwalliser Lokaljournalismus stärken

Die Botschaft der vier Politiker, welche das Oberwalliser Ja-Komitee für ein Ja zum Medienpaket bilden, ist klar: Es braucht ein Ja am 13. Februar bei der Abstimmung zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien.

Besonders auch aus Oberwalliser Sicht, wie Claudia Alpiger betont. Ein Ja zum Medien-Massnahmenpaket erhalte und stärke die regionale Medienvielfalt auch bei uns, betont die SPO-Politikerin: «Die Lokalmedien wie der «Walliser Bote», rro oder Kanal9 berichten umfassend über das politische, wirtschaftliche, sportliche und wirtschaftliche Geschehen aus dem Oberwallis. Sei es über den FC Naters Oberwallis, die kulturellen Aktivitäten im La Poste oder im Zeughaus Kultur, und was ich als Politikerin besonders schätze, über die politischen Vorgänge in den Gemeinden, im Kantonsparlament und im Verfassungsrat.»

Diesen breit abgestützten Lokaljournalismus im Oberwallis gelte es zu bewahren und zu stärken. Mit einem Ja zum Medien-Massnahmenpaket am 13. Februar sei dies möglich, so Alpiger.

Ähnlich wie Claudia Alpiger argumentiert Brigitte Wolf, Grossrätin der Oberwalliser Grünen. Mit dem vorliegenden Medien-Massnahmenpaket würden besonders die regionalen Medienhäuser unterstützt: «Immer mehr Werbegelder fliessen zu den grossen Technologiefirmen wie Google oder dann zu den grossen Schweizer Medienhäusern. Die kleinen regionalen Medienunternehmen haben dadurch immer mehr Mühe, Werbegelder zu generieren. Diese fehlen dann, um qualitativ guten Lokaljournalismus liefern zu können. Das Medien-Massnahmenpaket kommt daher besonders den kleinen regionalen Verlagen zugute, welche in den Lokaljournalismus investieren können.»



Setzen sich für ein Ja zur Abstimmung über das Medien-Massnahmenpaket vom 13. Februar 2022 ein. CVPO-Nationalrat Philipp Matthias Bregy, SPO-Co-Präsidentin und Verfassungsrätin Claudia Alpiger, Brigitte Wolf, Grossrätin der Grünen Oberwallis, und Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (von links). Bild: pomona.media

Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), engagiert sich für ein Ja zu Medien-Massnahmenpaket. Er sagt zur bevorstehenden Abstimmung vom 13. Februar: «Die Medienlandschaft ist in einem massiven Umbruch. Seit dem Jahr 2003 sind in der Schweiz rund 70 Zeitungen verschwunden. Ausserdem verzeichnen auch im Oberwallis elektronische Medien wie Kanal9 und rro einen massiven Rückgang bei den Werbeeinnahmen. Das muss irgendwie kompensiert werden.»

Keine Staatsmedien

Für Egger ist deshalb klar: Aus Oberwalliser Sicht und auch aus Sicht der Berggebiete braucht es unbedingt ein Ja zum Medien-Massnahmenpaket: «Um den medialen Service public, den heute die Lokalmedien im Oberwallis bieten, aufrechterhalten zu können, braucht es ein Ja. Wir wollen ja auch weiterhin, dass in unserer Region über das gesellschaftliche, kulturelle, sportliche und auch politische Leben berichtet wird. Und diese Berichterstattung können nur regional gut aufgestellte Medien übernehmen. Diese werden mit dem vorliegenden Medienpaket gestärkt und deshalb braucht es am 13. Februar ein Ja.»

Ein Argument, welches von den Gegnern der Medienvorlage immer wieder ins Feld geführt wird: Noch mehr staatli-

che Subventionen sorgen dafür, dass die Medien als vierte Gewalt im Staat nicht mehr genug kritisch über die Behörden berichten und sich zu «Staatsmedien» wandeln. Ein Vorwurf, der seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie immer wieder zu hören ist. Da stellt sich die Frage, ob bei einem Ja zum Medien-Massnahmenpaket die Medien tatsächlich eine unkritische Distanz zum Staat aufbauen?

Thomas Egger widerspricht und betont, dass die Massnahmen auf sieben Jahre befristet sind und in erster Linie dazu da sind, um den Transformationsprozess, besonders bei den Printmedien, meistern zu können. «Das Argument, wonach die Medienvorlage Staatsmedien generiert, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Die indirekte Presseförderung gibt es bereits seit 1849. Durch diese werden alle Medien unabhängig von ihrem Inhalt unterstützt. Wenn nun also das Argument der Gegnerschaft stimmen würde, wäre ja auch die «Weltwoche» ein Staatsmedium. Die profitiert ja pro Jahr auch von einer indirekten Presseförderung im Umfang von rund 360 000 Franken», so Egger.

CVPO-Nationalrat und Fraktionschef der Mitte, Philipp Matthias Bregy, argumentiert ähnlich. Aus seiner Sicht sind die Medien nicht «handzahn» unterwegs. Auch für Bregy ist klar, dass es das Medienpaket

für den Transformationsprozess braucht. Das vorliegende Medienpaket wird von prominenten und einflussreichen Politikern aus der Mitte-Bundeshaushaltsfraktion kritisiert und bekämpft.

So ist beispielsweise Gerhard Pfister, Präsident der Mitte Schweiz, gegen das Medien-Massnahmenpaket. Auch Philipp Matthias Bregy ist nicht von allen Punkten im vorliegenden Medienpaket überzeugt. Im Interview nach der Medienkonferenz am Montagmorgen sagt Bregy zur Vorlage: «Das vorliegende Mediengesetz hat gewisse Schwächen. Man hätte es in

Das Medienpaket in Zahlen

Am 13. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über das Medien-Massnahmenpaket ab, für welches sich Medienministerin Simonetta Sommaruga einsetzt und welches im Bundesparlament eine Mehrheit fand. Gegen das entsprechende Mediengesetz wurde erfolgreich ein Referendum lanciert. Daher kommt die Gesetzesvorlage am 13. Februar vors Stimmvolk.

Das Gesetz sieht vor, dass die Medienförderung mit dem Medienpaket um maximal 151 Millionen Franken pro Jahr erhöht wird. Von heute 135 Millionen Franken pro Jahr auf maximal 287 Millionen Franken. Die Förderung ist auf sie-

zwei Vorlagen behandeln sollen. Wenn man aber die Gesamtabwägung macht und weiterhin gute regionale und lokale Medien will, dann muss man diese Vorlage unterstützen, und daher engagiere ich mich für ein Ja», so Bregy.

Für die Mitglieder des Oberwalliser Komitees für ein Ja zum Medienpaket ist deshalb klar dass mit einem Ja zum Medien-Massnahmenpaket der Journalismus in der Schweiz und besonders auch im Oberwallis gestärkt wird. Sie wollen daher bis am 13. Februar für ein Ja zur Vorlage weibel.

ben Jahre befristet. Die Hälfte der Fördergelder im Medienpaket fliessen in Form von Ermässigungen für die Zustellkosten an die Post respektive Verteilungsorganisationen und nicht an die Medienunternehmen. Die andere Hälfte geht zu einem Drittel an Radio- und Fernsehstationen, zu einem Drittel in die Ausbildung und weitere Organisationen der Medienbranche. Ein Drittel fliesst neu in die Onlineförderung. Das Medien-Massnahmenpaket wird aus den Einnahmen der bestehenden Radio- und Fernsehgebühren und über den Bundeshaushalt finanziert. Für das Paket braucht es keine neuen Abgaben von Seiten der Steuerzahler. (vm)